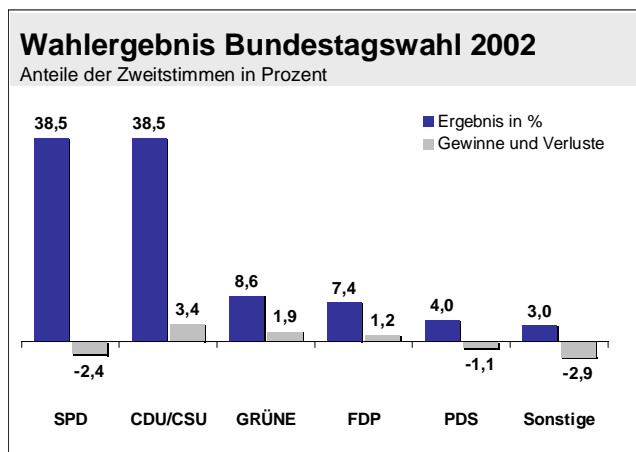




22. September 2002

Die Union gewinnt, die Regierung bleibt

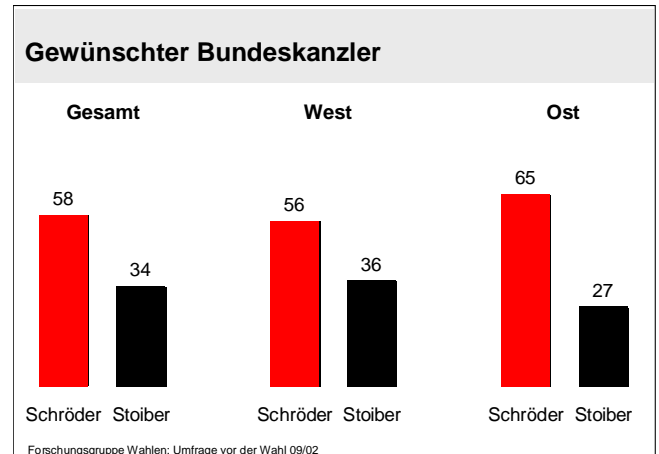
Das knappste Wahlergebnis seit der deutschen Wiedervereinigung brachte Verluste für die SPD (-2,4) und die PDS (-1,1) aber Gewinne für die CDU/CSU (+3,3), die Grünen (+1,9) und die FDP (+1,1). Es ist gekennzeichnet von großen Ost/West- wie auch Nord/Süd-Unterschieden. So hat die SPD im Westen vier Prozentpunkte verloren, aber im Osten 4,6 Punkte dazu gewonnen. Die Union hat im Osten nur einen Punkt zugelegt, im Westen jedoch 3,8. In Bayern dagegen hat die CSU fast elf Punkte gewonnen und kommt bundesweit auf 9 Prozent (plus 2,3).



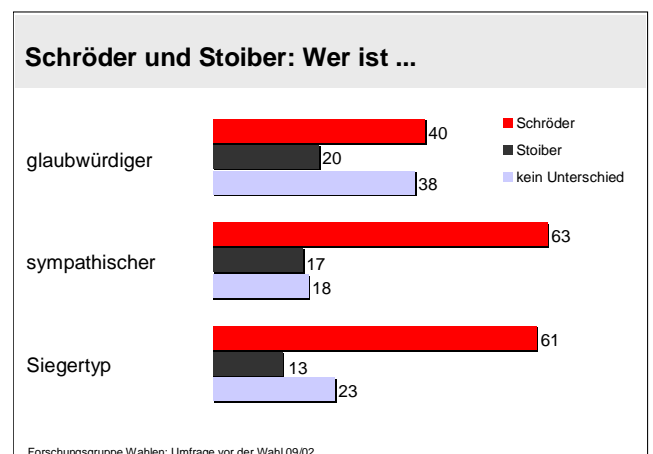
Aber auch die Gewinne und Verluste der Parteien in den sozialstrukturellen Gruppen waren für den Wahlausgang von Relevanz: So konnte die Union bei den Männern (+6) deutlich zulegen, die SPD verliert dort deutlich (-5). Relativ gering sind dagegen die Veränderungen bei den Frauen (SPD -1; Union: +2). Anders im Osten: dort gewinnt die SPD bei den Wählerinnen neun Prozentpunkte, bei den Männern hingegen blieb die SPD dagegen unverändert. Die CDU gewinnt bei den Männern in den neuen Bundesländern drei Prozentpunkte, bei den Frauen gibt es für sie kaum Veränderungen.

Bei den Arbeitern, die traditionell stärker der SPD zuneigen, verlieren die Sozialdemokraten weit überdurchschnittlich (-5), während die CDU/CSU hier acht Prozentpunkte dazu gewinnt. Noch deutlicher sind die Verluste bei der Kerngruppe der SPD, den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern; dort verliert sie sieben Prozentpunkte und die Union gewinnt neun, während die SPD entgegen dem allgemeinen Trend

bei den gewerkschaftlich gebundenen Angestellten drei Prozentpunkte gewinnt.



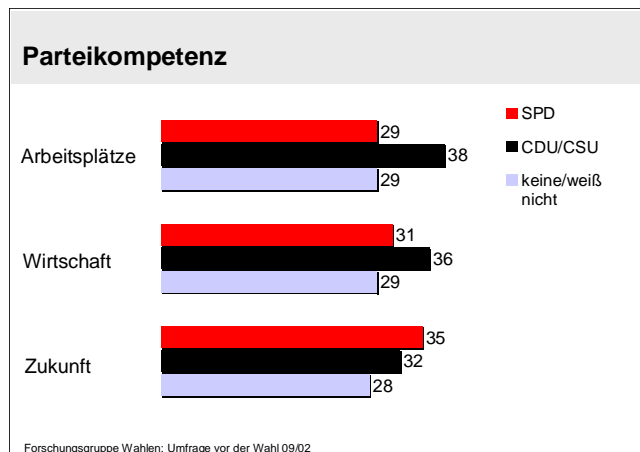
Der Wahlkampf war selten so stark auf Personen zugeschnitten. Dennoch waren auch bei dieser Wahl für zwei Drittel der Bundesbürger die Parteien für die Wahlentscheidung wichtiger als die Frage, wer Kanzler wird. Deshalb konnte auch der große Vorsprung des Amtsinhabers bei der Kanzlerfrage (58 Prozent Schröder, 34 Prozent Stoiber) die SPD vor noch größeren Verlusten bewahren. Wäre die Kanzlerfrage aber so wichtig wie das oft in den Medien dargestellt worden ist, hätte die SPD einen triumphalen Sieg einfahren müssen.



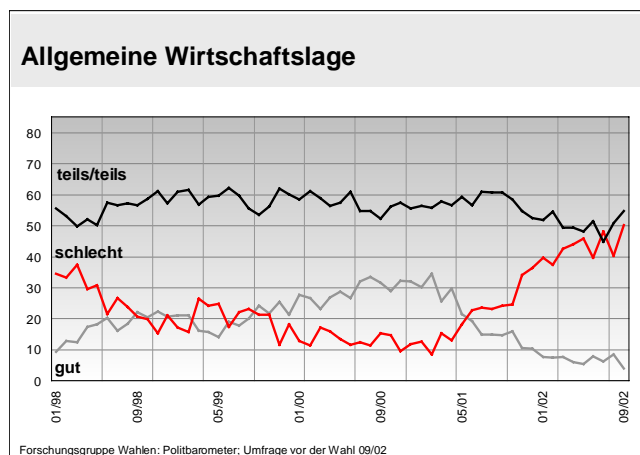
Der Vorsprung Schröders bei der Kanzlerfrage fällt besonders deutlich bei den Eigenschaften „Glaubwürdigkeit“ (40 zu 20) und „Tatkraft“ (41 zu 24) aus, vor allem aber wurde Gerhard Schröder sehr viel sympathischer (63 zu 17) und eher als Siegertyp (61 zu 13) eingeschätzt. Der Bundeskanzler hatte auf der +5/-5-Skala hohe Sympathiewerte sowohl im Westen als auch im Osten (1,8 bzw. 1,9), Edmund Stoiber

kam im Westen dagegen nur auf 0,5 und wurde im Osten mit minus 0,3 sogar negativ beurteilt.

Beim wichtigsten Thema in Deutschland, der Arbeitslosigkeit, hat die SPD ihren großen Vertrauensvorsprung von 1998 eingebüßt, damals sahen 42 Prozent die SPD als die Partei an, die am besten neue Arbeitsplätze schaffen kann und 24 Prozent die Union. Jetzt liegt hier die Union mit 38 Prozent vor der SPD (29 Prozent).



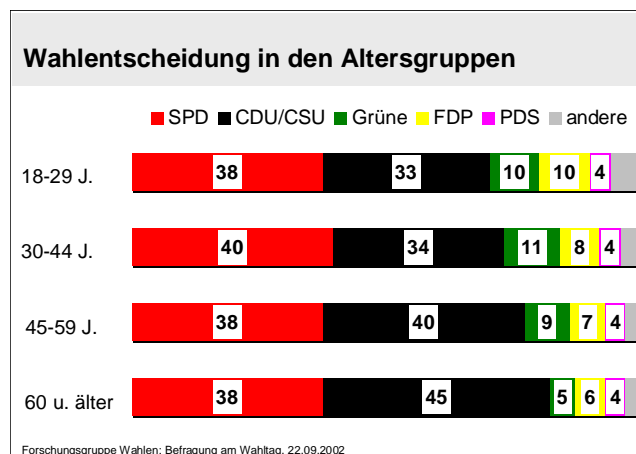
Angesichts der im Vergleich zu 1998 deutlich schlechteren Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und einem leichten Kompetenzvorsprung der Unionsparteien vor der SPD hätte die CDU/CSU stärker aus dieser Situation profitieren müssen. Allerdings war das wirtschaftspolitische Konzept mit den geplanten Steuererleichterungen nach den Hochwasserschäden nicht mehr glaubwürdig.



Die Grünen sind einer der Gewinner der Wahl, ein Grund liegt sicherlich in der ganz auf den Imageträger

Joschka Fischer ausgerichteten Zweitstimmekampagne. In der Woche vor der Wahl haben sich taktische Wähler, die Rot-Gelb verhindern wollten, verstärkt den Grünen zugewandt. 30 Prozent der Grünen-Wähler, mehr als je zuvor, identifizieren sich mit der SPD, haben dann aber aufgrund koalitionstaktischer Überlegungen mit der Zweitstimme für die Grünen gestimmt.

Das weit unter den eigenen Zielvorstellungen liegende FDP-Ergebnis beruht hauptsächlich auf der fehl geschlagenen Strategie, die Koalitionsfrage unbeantwortet zu lassen. Fast zwei Drittel aller Wähler und auch der FDP-Anhänger wollten von den Liberalen eine Koalitionsaussage. Mit 60 Prozent plädierte die große Mehrheit der FDP-Wähler für eine Koalition mit der Union. Selbst bei dem jetzt erzielten Resultat der FDP identifiziert sich ein Viertel ihrer Wähler mit der Union.



Die fehlende Proteststimmung hat aber auch der PDS geschadet, die in der Vergangenheit bei allen Wahlen von Frust und Unzufriedenheit profitieren konnte. Darüber hinaus hat sie ihren Politstar Gregor Gysi verloren, das Thema Krieg und Frieden war mit der Irak-Debatte von der SPD besetzt und mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung nach der Flutkatastrophe stand die PDS selbst im Osten im Hintergrund.

Angesichts der weiter gewachsenen Zahl wechselbereiter Wähler gewinnen aktuelle Themen und Ereignisse für die Wahlentscheidung immer stärker an Bedeutung und lassen eine Regierungsmehrheit zufälliger werden. Mit nur vier Sitzen über der Kanzlermehrheit braucht die zukünftige rot-grüne Koalition ein hohes Maß an Disziplin, um die notwendigen Reformen durchsetzen zu können. (Mannheim, 23.09.2002)